

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	18.01.2018
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	043/2018-5
Stand	22.12.2017

Betreff Investitionsprogramm zur barrierefreien Ausgestaltung des Bornheimer Verkehrsraums

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Empfehlungen des Seniorenbeirates und die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt

Die Verwaltung greift die Empfehlung des Seniorenbeirats auf, ein eigenes Investitionsprogramm zur sukzessiv barriere-freieren Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrsraums in den kommenden zehn Jahren aufzustellen und wird hierfür Mittel in Höhe von 100.000 €/Jahr ab dem Jahr 2019 in den Haushaltsplanentwürfen vorsehen. Die vom Seniorenbeirat erarbeitete Prioritätenliste soll bei der Planung des Investitionsprogramms Berücksichtigung finden.

Im Frühjahr übergab der Seniorenbeirat der Verwaltung das Ergebnis der Begehungen der einzelnen Ortschaften. Es wurden Gefahrenstellen, Probleme auf den Gehwegen, notwendige Bordsteinabsenkungen, Straßenbeleuchtung, Fußgängerquerungen und dringend notwendige öffentliche Toiletten notiert.

Mit der Behebung dieser Probleme soll ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, um das Stadtgebiet der Stadt Bornheim für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen grundsätzlich ohne fremde Hilfe und ohne besondere Erschwernis besser zugänglich und begehbar zu machen.

Die demographische Entwicklung der Stadt und damit ein immer größer werdender Anteil älterer Bürger unterstreicht die Notwendigkeit der Umsetzung. Bisher wird die barrierefreie Umgestaltung des öffentlichen Verkehrsraumes insbesondere dort vorgenommen, wo ein Neubau von Straßen oder grundlegender Straßenausbau (z.B. Friedrichstraße, Königstraße) stattfindet. Hierüber ist aber eine weitere barriere-ärmere Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrsraums in den älteren Straßen der Orte kaum zu erreichen. Ähnlich wie bei dem Radverkehrskonzept ist es sinnvoll, ein eigenes Konzept bzw. einen Aktionsplan zu erarbeiten und Haushaltsmittel und Personalkapazitäten im Doppelhaushalt 2019/2020 hierfür bereitzustellen.

Die Verwaltung geht von einem jährlichen Bedarf von ca. € 100.000 aus, um einen signifikanten Fortschritt bei der barrierefreien bzw. –ärmeren Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrsraums zu erzielen. Es wird die Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Förderung der Nahmobilität geprüft und versucht werden, den durch die Kommune zu tragenden Anteil auf den notwendigen Eigenanteil zu reduzieren.

Anlagen zum Sachverhalt

Stellungnahme der Verwaltung zur Prioritätenliste des Seniorenbeirates.